



Interpellation der ALG-Fraktion
betreffend Wohnungs- und Obdachlosigkeit im Kanton Zug
(Vorlage Nr. 4023.1 - 18418)

Antwort des Regierungsrats
vom 19. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die ALG-Fraktion hat am 26. November 2025 eine Interpellation betreffend Wohnungs- und Obdachlosigkeit im Kanton Zug eingereicht. Der Kantonsrat hat die Interpellation am 18. Dezember 2025 an den Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

Allgemeine Bemerkungen

Von Wohnungs- und Obdachlosigkeit können unterschiedliche Personengruppen betroffen sein. Die Problematik ist vielschichtig und beschränkt sich weder auf randständige Personen noch auf Personen, die wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen. Auch Einzelpersonen oder Familien, deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse über der Anspruchsgrenze der Sozialhilfe liegen, können mit einem drohenden Wohnungsverlust konfrontiert sein, ohne innert der verfügbaren Frist eine neue reguläre Wohnmöglichkeit zu finden.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit stellt im Kanton Zug kein Massenphänomen dar, tritt jedoch punktuell und wiederkehrend auf. Wesentliche Ursachen sind der Verlust von Wohnraum ohne unmittelbar verfügbare Anschlusslösung.

Der Regierungsrat anerkennt, dass der Zugang zu Wohnraum und Unterstützungsangeboten im Einzelfall anspruchsvoll sein kann. Dies gilt insbesondere bei komplexen Problemlagen, etwa bei Verschuldung, gesundheitlichen Belastungen, psychischen Auffälligkeiten, Suchtproblemen oder fehlender stabiler Wohnadresse. Solche Situationen, besonders wenn sie kombiniert auftreten, können dazu führen, dass bestehende Angebote nicht oder erst spät in Anspruch genommen werden. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass die Unterstützungsangebote im Kanton Zug grundsätzlich nicht funktionieren. Entscheidend ist, dass Personen in einer tatsächlichen Notlage Zugang zu Unterstützung erhalten und die zuständigen Stellen eine angemessene Information, Beratung und Vermittlung sicherstellen.

Die Zuständigkeit für die Unterstützung von wohnungs- und obdachlosen Personen liegt im Bereich der Sozialhilfe bei den Einwohner- und Bürgergemeinden (vgl. §§ 10, 27 und 28 Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug vom 16. Dezember 1982 [Sozialhilfegesetz, SHG; BGS 861.4]). Sie beraten und unterstützen Personen in einer sozialhilferechtlich relevanten Notlage und gewährleisten bei Bedarf die notwendige Existenzsicherung. Dazu gehört bei Sozialhilfebeziehenden auch, kurzfristig ein Notzimmer, eine Notwohnung oder eine andere geeignete Unterkunft bereitzustellen, wenn damit Obdachlosigkeit verhindert oder eine akute Notlage überbrückt werden kann. Besteht kein Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe, weil die betroffene Person über ausreichende eigene finanzielle Mittel verfügt, beschränkt sich die persönliche Sozialhilfe in der Regel auf Beratung, sofern die betroffene Person in der Lage ist, selbständig eine geeignete Unterkunft zu suchen.

Eine kantonale Zuständigkeit besteht hingegen für Personen aus dem Asylbereich (§ 12^{bis} SHG); für diese gilt eine Unterbringungspflicht. Die Thematik der Wohnungs- und Obdachlosigkeit stellt sich im Asylbereich daher nicht in vergleichbarer Weise. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf die Sozialhilfe in der Zuständigkeit der Gemeinden.

Die Direktion des Innern hat aufgrund der vorliegenden Interpellation Anfang des Jahres 2026 die Zuger Einwohner- und Bürgergemeinden, den Verein punkto (Gassenarbeit) sowie die Not-schlafstellen in Luzern, Zürich und Baden kontaktiert und um Einschätzungen sowie Angaben gebeten. Die Antworten stützen sich auf die eingegangenen Rückmeldungen.

Frage 1: Kennt der Regierungsrat die Zahlen der Wohnungs- und Obdachlosen, die sich im Kanton Zug aufhalten sowie derjenigen, die ihren letzten Wohnsitz im Kanton Zug hatten?

Weder den befragten Gemeinden noch der Gassenarbeit des Vereins punkto liegen vollständige Zahlen zu wohnungs- und obdachlosen Personen im Kanton Zug vor, da Wohnungs- und Obdachlosigkeit auch Personen betreffen können, die Sozialversicherungsleistungen, Ergänzungsleistungen oder Erwerbseinkommen beziehen oder aus diversen Gründen keine staatlichen Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Daher sind nicht alle von Wohn- und Obdachlosigkeit betroffenen Personen erfasst. Bekannt sind in erster Linie die Personen, die mit einem Sozialdienst oder mit dem Verein punkto in Kontakt stehen.

Aus der Befragung der Gemeinden und des Vereins punkto im Februar 2026 lassen sich zusammenfassend einige quantitative Hinweise lesen:

- Die Gemeinden betonen, dass sie lediglich zu den durch ihre Sozialdienste unterstützten Personen eine Aussage machen können. Die Gemeinden nennen gesamthaft 114 Personen, die sie in ihren Notunterkünften oder anderen Angeboten aufgrund drohender oder akuter Wohnungs- oder Obdachlosigkeit zum Befragungszeitpunkt unterbrachten.
- Eine Schätzung zu von Obdachlosigkeit betroffenen Personen gibt der Verein punkto ab. Ihm bekannt sind 10 obdachlose sowie rund 50 wohnungslose Menschen im Kanton Zug, jedoch geht er von einer hohen Dunkelziffer aus.

Frage 2: Ist dem Regierungsrat bekannt, wie viele obdachlose Menschen aus dem Kanton Zug von ausserkantonalen Notschlafstellen Gebrauch machen, insbesondere den Notschlafstellen in Luzern, Zürich und Baden?

Die Notschlafstelle Luzern steht auch Personen aus dem Kanton Zug offen und akzeptiert Kostengutsprachen der gemeindlichen Sozialdienste. Im Jahr 2024 nutzten drei Personen aus dem Kanton Zug das Angebot mit insgesamt 15 Übernachtungen; im Jahr 2025 waren es vier Personen mit insgesamt 62 Übernachtungen.

In der Notschlafstelle Baden übernachteten in diesen beiden Jahren keine Personen aus dem Kanton Zug.

Die Notschlafstelle der Stadt Zürich steht grundsätzlich nur Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zürich offen. In Notfällen können auswärtige Personen für eine Nacht aufgenommen werden. Die Stadt Zürich erfasst ausserkantonale Personen, schlüsselt diese jedoch nicht nach Kantonen auf. Es ist daher möglich, dass vereinzelt Personen aus dem Kanton Zug dort übernachteten; konkrete Zahlen liegen nicht vor.

Frage 3: Falls nein: Ist der Regierungsrat bereit, diese Zahlen erheben zu lassen?

Die im Rahmen dieser Interpellation durchgeführte Umfrage hat gezeigt, dass Zahlen in erster Linie für jene Personen vorliegen, die von einem Sozialdienst oder vom Verein punkto betreut werden. Personen, die zum Beispiel Leistungen einer Sozialversicherung beziehen oder keine Hilfsangebote in Anspruch nehmen, sind demgegenüber statistisch nicht erfasst. Zudem verändert sich die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen häufig kurzfristig.

Weitergehende und umfassende Daten könnten nur mit erheblichem Aufwand, namentlich durch gezielte Befragungen oder vertiefte Studien, erhoben werden. Aufgrund der hohen Dynamik der betroffenen Lebenslagen würden solche Erhebungen jedoch primär Momentaufnahmen darstellen und nur beschränkt Aussagen über längerfristige Entwicklungen zulassen.

Der Regierungsrat sieht deshalb davon ab, weitergehende Erhebungen durchzuführen oder entsprechende Studien zu veranlassen.

Frage 4: Kennt der Regierungsrat die Zahlen, oder ist bereit zu erheben, wie viele Menschen, die Sozialhilfe, IV, AHV, EL oder Arbeitslosenkasse [Arbeitslosengelder] beziehen, den Kanton Zug verlassen müssen, da sie keine bezahlbaren Wohnungen finden?

Dem Regierungsrat liegen dazu keine Zahlen vor. Entsprechende Angaben werden in den bestehenden Sozialhilfe- und Sozialversicherungsstatistiken nicht systematisch erfasst. Zudem lassen sich Wegzüge in der Regel nicht eindeutig einer einzelnen Ursache wie dem fehlenden Angebot an bezahlbarem Wohnraum zuordnen.

Eine Erhebung wäre mit denselben methodischen Schwierigkeiten verbunden wie bei der Erfassung der wohnungs- und obdachlosen Personen insgesamt. Der Regierungsrat sieht deshalb davon ab, weitergehende Erhebungen zu veranlassen.

Frage 5: Wie unterstützt der Regierungsrat (in Zusammenarbeit mit den Gemeinden) die Obdach- und Wohnungslosen aktuell?

Die Unterstützung von wohnungs- und obdachlosen Personen im Rahmen der persönlichen und wirtschaftlichen Sozialhilfe liegt in der Zuständigkeit der Gemeinden.

Der Kanton finanziert über eine Leistungsvereinbarung das Angebot «Gassenarbeit» des Vereins punkto. Dieses richtet sich an Jugendliche und Erwachsene im Kanton Zug, die psychoaktive Substanzen konsumieren, keine feste Unterkunft haben oder von gesundheitlichen oder sozialen Problemen betroffen sind. Sie werden niederschwellig beraten, unterstützt und bei Bedarf an geeignete Fachstellen vermittelt.

Frage 6: Weiss der Regierungsrat wie viele Notwohnungen es in den Zuger Gemeinden gibt und ob diese ausreichen? Falls sie nicht ausreichen, wie will der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden das Defizit beheben?

Gemäss den Rückmeldungen der Gemeinden stehen im Kanton Zug insgesamt 52 Notzimmer und 54 Notwohnungen unterschiedlicher Grösse zur Verfügung. Sind diese belegt, müssen die Gemeinden auf Pensionen, Hotels oder vergleichbare Übergangslösungen ausweichen.

Die Einschätzungen der Gemeinden fallen unterschiedlich aus. Kleinere Gemeinden beurteilen ihr Angebot tendenziell als ausreichend. Grössere Gemeinden verweisen hingegen häufiger auf Engpässe und einen entsprechenden Mehrbedarf.

Die Bereitstellung ausreichender Notunterkünfte im Rahmen der Sozialhilfe liegt in der Zuständigkeit der Gemeinden. Der Kanton hat in diesem Bereich weder einen gesetzlichen Auftrag noch entsprechende Kompetenzen.

Frage 7: Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, Betroffene besser zu unterstützen beispielsweise durch folgende Angebote:

a. Eine Notdusche im Kanton Zug?

Die Rückmeldungen der Gemeinden im Rahmen der Umfrage fallen unterschiedlich aus. Einzelne grössere Gemeinden sehen einen Bedarf für eine Notdusche. Kleinere Gemeinden verweisen demgegenüber auf bestehende Duschmöglichkeiten in Schwimmbädern, Turnhallen oder anderen kommunalen Infrastrukturen.

Der Regierungsrat beurteilt eine Notdusche derzeit nicht als vordringliche Massnahme. Bei Bedarf wäre zu prüfen, ob bestehende Duschmöglichkeiten besser zugänglich gemacht oder im Rahmen einer gemeindeübergreifenden Lösung genutzt werden könnten.

b. Eine Notschlafstelle im Kanton Zug?

Mehrere Gemeinden nennen eine niederschwellige Notschlafstelle als mögliche Auffanglösung für akute Situationen, insbesondere dann, wenn kurzfristig keine kommunale Notunterkunft verfügbar ist und andernfalls auf Pensionen, Hotels oder ausserkantonale Angebote ausgewichen werden muss.

Eine reine Notschlafstelle wäre angesichts der Grösse des Kantons Zug mit dem Risiko einer unzureichenden Auslastung und entsprechend hohen Kosten pro Platz verbunden. Eine kombinierte Lösung mit wenigen Notschlafplätzen, Notzimmern und sanitären Einrichtungen könnte bei ausgewiesenem Bedarf näher geprüft werden. Indessen fallen Betrieb und Finanzierung eines solchen Angebots im Bereich der Sozialhilfe grundsätzlich in die Zuständigkeit der Einwohner- und Bürgergemeinden.

c. Waschmöglichkeiten für Obdach- und Wohnungslose im Kanton Zug?

Für Waschmöglichkeiten ergeben sich aus den Rückmeldungen der Gemeinden ähnliche Einschätzungen wie bei der Notdusche. Ein Teil der Gemeinden sieht punktuell einen Bedarf; andere verweisen auf bestehende kommunale oder institutionelle Möglichkeiten.

Auch das Bereitstellen solcher Waschmöglichkeiten wäre eine gemeindliche Aufgabe im Rahmen der Sozialhilfe. Der Regierungsrat sieht deshalb keinen unmittelbaren Bedarf für ein eigenständiges kantonales Angebot. Im Vordergrund steht auch hier die Frage, ob bestehende Infrastrukturen besser zugänglich gemacht oder im Rahmen einer allfälligen kombinierten Lösung ergänzt werden könnten.

d. Eine kantonale niederschwellige Anlaufstelle, welche die Bevölkerung zu sozialen und gesundheitlichen Fragen berät und an die zuständigen Stellen vermittelt, analog zur Sozial Info Rex in der Stadt Luzern?

Das Sozial Info REX der Stadt Luzern richtet sich an Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern und bietet Information und Triage bei sozialen und gesundheitlichen Fragen. Es handelt sich nicht um ein spezifisches Angebot für wohnungs- und obdachlose Personen.

Die Zuger Gemeinden sehen für ein vergleichbares kantonales Angebot keinen dringenden Handlungsbedarf. Ein niederschwelliges Beratungs- und Triageangebot könnte den Zugang zu bestehenden Fachstellen zwar erleichtern. Der Regierungsrat sieht derzeit jedoch keinen Anlass, eine zusätzliche kantonale Anlaufstelle aufzubauen. Vorrang haben die bestehenden Zuständigkeiten und Angebote der Gemeinden und Fachstellen sowie die vom Kanton mitfinanzierte Gassenarbeit des Vereins punkto.

Frage 8: Welche finanziellen und weiteren Ressourcen wären notwendig, um solche Angebote umzusetzen?

Die erforderlichen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen hängen wesentlich von der konkreten Ausgestaltung eines Angebots ab, insbesondere von Trägerschaft, Standort, Öffnungszeiten, Zielgruppe, Betreuungsintensität, Sicherheitsvorgaben und Schnittstellen zu bestehenden Fachstellen.

Ohne entsprechende Konkretisierung lassen sich die notwendigen Ressourcen zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich beziffern.

Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 19. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart